

COVID-19 – Plädoyer für eine Überprüfung der UN-Charta

Die COVID-19-Pandemie hat erneut deutlich gemacht, dass die globalen Institutionen und ihre Struktur nicht geeignet sind, um globalen Herausforderungen wirksam zu begegnen. Ihre Handlungsschwäche legt die Einleitung eines Prozesses zur Überprüfung der Charta der Vereinten Nationen nahe.



Dr. Tim Murithi,
geb. 1970, ist Professor und
Leiter des Interventionspro-
gramms zur Friedenskonsolidie-
rung am Institut für Gerechtig-
keit und Versöhnung (IJR) in
Kapstadt, Südafrika.
✉ tmurithi@ijr.org.za

Die verheerenden Auswirkungen von COVID-19 haben die Menschheit weltweit erschüttert.¹ Die Krankheit trifft unterschiedslos alle Menschen unabhängig von deren Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Kultur, Religion oder finanziellem Wohlstand. Als erste Reaktion auf COVID-19 forderten die Regierungen ihre Bevölkerungen auf, sich innerhalb der nationalen Grenzen aufzuhalten, sie stoppten den internationalen Reiseverkehr und verfügten Ausgangssperren zur Einhaltung physischer Distanz, um die Krankheit zu ›bekämpfen‹. Paradoxerweise lässt sich COVID-19 nicht bekämpfen, indem man sich hinter die menschengemachten Grenzen zurückzieht. Vielmehr bedarf es des kollektiven Einfallsreichtums, des Willens und der Entschlossenheit der gesamten Menschheit, um gemeinsam geeignete Therapien gegen und einen Impfstoff für COVID-19 zu finden und seine Auswirkungen auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu begrenzen. Doch gibt es adäquate globale Institutionen, die notwendig sind, um wirksam auf aktuelle und zukünftige globale Herausforderungen, wie etwa Pandemien, zu reagieren?

Die globalen Herausforderungen

Es war die Vernetzung der Welt, die es COVID-19 ermöglichte, sich wie ein Lauffeuer über den Globus auszubreiten. Daher war eine staatliche Reak-

tion erforderlich, um die Ausbreitung einzudämmen und eine Weiterverbreitung einzuschränken. Die dringendere Aufgabe, Wege zur Unterbindung des Virus und seiner heimtückischen Auswirkungen auf den Menschen zu finden, ist jedoch ein Unterfangen, bei dem die gesamte Weltgesellschaft zusammenarbeiten muss. Es geht darum, die globalen Institutionen so zu gestalten, dass die internationale Zusammenarbeit zum besseren Verständnis der Krankheit beiträgt und nicht ein selbstzerstörerischer Konkurrenzkampf auf nationaler und Unternehmensebene gefördert wird.

Die Warnung der chinesischen Behörden über den Ausbruch von COVID-19 ermöglichte es der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO), eine Studienreise in die Region durchzuführen, an der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt teilnahmen.² Damit wurde bestätigt, wie wichtig es ist, globale Institutionen zu unterstützen und in die Lage zu versetzen, ihre zentralen Funktionen zum Wohle der gesamten Menschheit wahrzunehmen. Die Welt nach COVID-19 wird eine Ära einläuten, die aufgrund der globalen Auswirkungen unsere gemeinsame Menschlichkeit in den Vordergrund rückt. Die Tatsache, dass alle von COVID-19 betroffen sein können, hat die aufkeimende Erkenntnis bestärkt, dass die Menschheit in Wirklichkeit eine globale Gesellschaft ist. Kein Staat allein konnte verhindern, dass sich die Krankheit ausbreitet. COVID-19 hat einen ›globalen konstitutionellen Moment‹ geschaffen: Mit alternativen und kreativen Ideen kann nun damit begonnen werden, die globalen Institutionen umzustrukturieren und zu reformieren, um sicherzustellen, dass sie transnationale Herausforderungen wie Pandemien, Umwelt- und Flüchtlingskrisen sowie gewalttätigen Extremismus sehr viel besser koordiniert bewältigen können. Verständlicherweise wird davor zurückgeschreckt, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen, um die glo-

¹ Dieser Beitrag basiert auf: Tim Murithi, 75 Jahre UN-Charta. Überprüfung dringend erforderlich, Global Governance Spotlight 3/2019, Juli 2019, www.sef-bonn.org/publikationen/global-governance-spotlight/32019.html

² WHO, Mission Summary: WHO Field Visit to Wuhan, China 20-21 January 2020, 22.1.2020, www.who.int/china/news/detail/22-01-2020-field-visit-wuhan-china-jan-2020

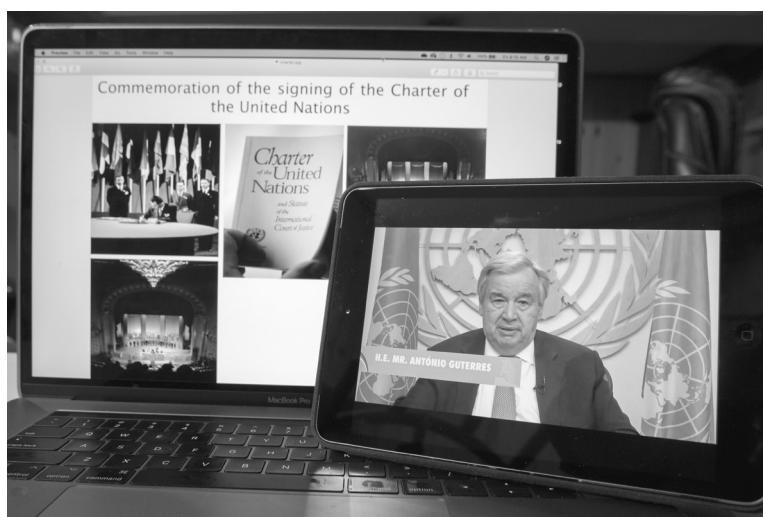
balen Institutionen zu verändern. Dies ist jedoch eine Aufgabe, die Regierungen in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung übernehmen müssen, um das menschliche Überleben zu sichern.

Aussicht auf eine globale Ordnung

Die Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg war zeitweise vom Idealismus der Gründung des Völkerbunds geprägt. Der Völkerbund erwies sich jedoch zur Überwindung des konfrontativen Ansatzes in den internationalen Beziehungen als ungeeignet. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, da die Regierungen die Grenzen des Völkerbunds erkannten. Der Hauptzweck der UN bestand darin, einen institutionellen Mechanismus zu etablieren, der seine Mitglieder ermutigen sollte, »ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so [beizulegen], dass der Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden«.³ Durch den Sicherheitsrat und die Generalversammlung wurden die UN zum »Weltforum« bestimmt, das die Hauptverantwortung für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in einem breiten Spektrum von Fragen tragen sollte. Sie verfügen für diese Aufgabe über eine Reihe von Institutionen und Sonderorganisationen im UN-System. Zunächst erschien dies als eine einfallsreiche Palette von Mechanismen und Prozessen zur Bewältigung globaler Herausforderungen – einschließlich gewaltsamer Konflikte und des Klimawandels. Bald jedoch sah sich die Welt mit den strukturellen Beschränkungen und den egoistischen Imperativen der mächtigen Länder konfrontiert, die die Ära des Ost-West-Konflikts und der Zeit danach beherrschten. Wenn es für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (Permanent Five – P5) angebracht ist, die rechtlichen Bestimmungen der UN-Charta zu ignorieren, warum sollte sich dann auch nur ein einziger der übrigen 188 UN-Mitgliedstaaten verpflichtet fühlen, diese internationale Institution zu respektieren?

Der Irrglaube der UN-Reform

Der Physiker Albert Einstein bezeichnete es einst als Wahnsinn, wenn immer und immer wieder das Gleiche getan wird in der Erwartung, jedes Mal ein anderes Ergebnis zu erzielen. Dies trifft in ge-



UN-Generalsekretär António Guterres erinnert anlässlich des 75. Jubiläumstags der Charta der Vereinten Nationen am 26. Juni 2020 an deren Unterzeichnung.

UN PHOTO: ESKINDER DEBEBE

wisser Hinsicht auch auf das UN-System zu: Dieses hat immer wieder vergeblich versucht, sich selbst zu reformieren – leider ohne spürbaren Unterschied in Bezug auf die ärmsten Menschen der Welt, denen es eigentlich beistehen soll. Am 14. Juli 2010 erklärte Inga-Britt Ahlenius, zu diesem Zeitpunkt UN-Untergeneralsekretärin für das Amt für interne Aufsichtsdienste (Office of Internal Oversight

Das UN-System hat immer wieder vergeblich versucht, sich selbst zu reformieren.

Services – OIOS), in einem der Öffentlichkeit zugepielten internen Bericht anlässlich ihres Ausscheidens, dass sich die Vereinten Nationen bedauerlicherweise »in einem Prozess des Niedergangs und der abnehmenden Relevanz«⁴ befänden. In Bezug auf die UN-Reform bemerkte sie, dass »unzusammenhängende, schlecht durchdachte ›Reformen‹ ohne adäquate Analyse und ohne ausreichendes Verständnis eingeleitet werden«.⁵ Ahlenius stellte fest, dass zu den negativen Folgen dieser Entwicklung der Organisation auch ihre immer geringere »Fähigkeit zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kon-

³ Charta der Vereinten Nationen, Kapitel 1, Artikel 2, unric.org/de/wp-content/uploads/sites/4/2020/01/charta-1.pdf

⁴ Inga-Britt Ahlenius, End of Assignment Report, New York 2010, S. 50, www.humanrightsvoices.org/assets/attachments/documents/8802reportbrit.pdf

⁵ Ebd., S. 49.

flikten und Notlagen«⁶ gehört. Beispielsweise ist heute die Anzahl der gewaltsam aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge weltweit mit fast 80 Millionen Menschen so hoch wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit.⁷

Das unübersichtliche System von Kompromissen im Hinblick auf die UN-Reform hat die tiefe strukturelle Krise der internationalen Legitimation, die in den Entscheidungsstrukturen der Weltorganisation angelegt ist, nicht überwinden können und wird sie wahrscheinlich auch künftig nicht über-

Mehr als fünf Milliarden Menschen werden von den wichtigsten Entscheidungsprozessen innerhalb des UN-Systems ausgeschlossen.

winden. Ahlenius kam zu dem Schluss, dass es bei der UN-Reform »keine Transparenz und keine Rechenschaftspflicht« gebe, und sie betonte ausdrücklich, dass sie »keine Anzeichen einer Reform der Organisation« sehe.⁸ Dies bedeutet, dass andere Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz des UN-Systems gefunden werden müssen. Hierfür ist es dringend erforderlich, das Konzept der partizipativen Demokratie auf globaler Ebene zu etablieren.⁹

Eine Überprüfung der UN-Charta ist erforderlich

Vor allem seit dem Jahr 1992 haben die jeweiligen UN-Generalsekretäre mit Enthusiasmus auf notwendige Reformen hingewiesen und ihre eigenen Prozesse eingeleitet, die alle ins Stocken geraten sind und mit einer beunruhigenden Regelmäßigkeit keine wirksamen Ergebnisse geliefert haben. Folglich ist zu vermuten, dass das UN-System aus den Fugen geraten ist, und wie UN-Generalsekretär António Guterres selbst einräumt, »ist diese Organisation der Dreh- und Angelpunkt des Multilateralismus [...]. Doch die Herausforderungen übersteigen mittlerweile unsere Reaktionsfähigkeit [...]. Die Vereinten Nationen müssen bereit sein, sich zu verändern«.¹⁰ Die dringende Frage ist, wie das

UN-System so umgestaltet werden kann, dass es in seiner Entscheidungsfindung demokratischer und integrativer wird. Dies kann durch eine längst überfällige Konferenz zur Überprüfung der Charta der Vereinten Nationen erreicht werden. Es sollte keine ›heiligen Kühe‹ geben, wenn es darum geht, das zu retten, was von unserem Heimatplaneten Erde noch übriggeblieben ist. Deshalb müssen wir ernsthaft die Möglichkeiten zur Umgestaltung der Weltinstitutionen prüfen, indem ein neues System geschaffen wird, das die Anliegen aller Menschen berücksichtigt. Es ergibt keinen Sinn, dass insgesamt mehr als fünf Milliarden Menschen keine dauerhafte Vertretung im UN-Sicherheitsrat haben, insbesondere wenn der Rat zu mehr als 80 Prozent mit Krisensituationen in Afrika, im Nahen Osten und in Südostasien befasst ist. Hier handelt es sich eindeutig um ein internationales politisches Steuerungssystem, das sich in einer dauerhaften Legitimierungskrise befindet.

Argumente für eine parlamentarische Versammlung

Für die mehr als fünf Milliarden Menschen, die von den wichtigsten Entscheidungsprozessen innerhalb des UN-Systems ausgeschlossen sind, stellt sich die Frage, ob sie ein solches Global-Governance-System tatsächlich weiterhin unterstützen sollten. Konkret ist es an der Zeit, dass eine Zweidrittelmehrheit der Staaten in der UN-Generalversammlung eine ›Koalition der Willigen‹ bildet und sich auf Artikel 109 der UN-Charta beruft, in dem eine Überprüfung eben dieser vorgesehen ist. Gegen die Anwendung des Artikels 109 können die P5, die die Hauptnutznieser des globalen Status quo und die Hauptverantwortlichen für einen Teil des Chaos in einigen Teilen der Welt sind, kein Veto einlegen. Bereits jetzt ist vorhersehbar, dass einige Akteure, wie die P5 selbst, jegliche Bemühungen um sinnvolle Veränderungen zu untergraben versuchen, statt den Willen einer notwendigen Zweidrittelmehrheit zu unterstützen. Viele Staaten sehnen sich danach, Teil des ›elitären Klubs‹ im Rat zu sein; die P5 hingegen haben das UN-System faktisch ›gekapert‹ und nutzen es, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Die Anwendung von Artikel 109 ist seit mehreren Jahrzehnten überfällig, da in der UN-Charta

⁶ Ahlenius, End of Assignment Report, a.a.O. (Anm. 4), S. 49.

⁷ Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), Figures at a Glance, www.unhcr.org/figures-at-a-glance.html

⁸ Ahlenius, End of Assignment Report, a.a.O. (Anm. 4), S. 48.

⁹ Daniele Archibugi, Cosmopolitan Democracy, *New Left Review*, 41. Jg., 4/2000, S. 137–150.

¹⁰ António Guterres, Secretary-General-designate António Guterres' Remarks to the General Assembly on Taking the Oath of Office, New York, 12.12.2016, www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2016-12-12/secretary-general-designate-ant%C3%B3nio-guterres-oath-office-speech

die regelmäßige Überprüfung ihrer weiteren Relevanz und Effizienz gefordert wird. Tatsächlich verstoßen die Mitglieder der Generalversammlung ›rechtlich‹ gegen die Bestimmungen der UN-Charta, in der konkret und ausdrücklich eine Überprüfungskonferenz der Charta zehn Jahre nach der Gründung der UN im Jahr 1945 gefordert wird. Im Jahr 1955 gab es Bestrebungen, eine Überprüfungskonferenz der UN-Charta zu organisieren, dieser Prozess geriet jedoch ins Stocken.¹¹ Es spricht vieles dafür, die Kampagne zur Einberufung einer Überprüfungskonferenz der UN-Charta bis zum Jahr 2021 wieder aufleben zu lassen.

Basierend auf den Grundsätzen der menschlichen Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Versöhnung, für die viele Menschen und Gemeinschaften auf der ganzen Welt gekämpft haben und weiterhin kämpfen, kann ein neues globales System entwickelt werden. Dieses System sollte auf dem Konzept einer parlamentarischen Versammlung der UN mit Gesetzgebungsbefugnissen und Fachausschüssen beispielsweise für Pandemien, Frieden, Sicherheit, Gleichstellung der Geschlechter, Umwelt und Flüchtlinge beruhen. Eine solche parlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen könnte, basierend auf einem Verhältniswahlssystem, aus Parlamentarierinnen und Parlamentariern aller 193 UN-Mitgliedstaaten bestehen. Auch andere Staaten und Territorien, die nicht UN-Mitglieder sind, könnten unabhängig von ihrer religiösen oder ideologischen Ausrichtung zum Beitritt aufgefordert werden. Damit würde eine globale Gesetzgebungskammer geschaffen, die im Tagesgeschäft adäquat funktioniert. Die UN haben in den 75 Jahren ihres Bestehens keine Überprüfungskonferenz der Charta durchgeführt, was angesichts der Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung erstaunlich ist. Es ist absurd, dass die geopolitische Entwicklung unserer Global-Governance-Institutionen nicht mit dem Tempo der Globalisierung und den Anforderungen des vierten Industriezeitalters Schritt gehalten hat. Darüber hinaus könnten die Aktivitäten eines solchen neuen globalen Systems endlich durch die Besteuerung der globalen Finanzströme finanziert werden, um den staatenübergreifenden Herausforderungen zu begegnen, die ein einzelner Staat allein nicht bewältigen kann.¹²

Auch wenn sich manche Länder für den Rückzug in ihren ›nationalistischen Kokon‹ entschieden

haben, können sie nicht leugnen, dass die Ära der Globalisierung erst einmal erhalten bleibt. Die Herausforderung besteht darin, Institutionen zu schaffen, die effektiver auf internationale Probleme reagieren können, bevor diese das Überleben der Menschheit gefährden. Daher müssen Denkfabriken, die Zivilgesellschaft und Fachleute aktiv werden und innerhalb der Generalversammlung Mitgliedstaaten identifizieren, die als ›Vorkämpfer‹ fungieren können. Bei diesen Mitgliedstaaten muss Lobbyarbeit betrieben werden, damit sie das gemeinsame Anliegen unterstützen. Diese Länder können eine Staatenkoalition bilden, die bei der Einberufung einer Überprüfungskonferenz der UN-

Die Anwendung von Artikel 109 ist seit mehreren Jahrzehnten überfällig.

Charta im nächsten Jahr und beim Entwurf eines neuen Leitbilds für die Menschheit die Führung übernimmt. Eine solche Koalition kann somit dazu beitragen, das globale System so zu verändern, dass die Chancengleichheit aller Menschen gewährleistet und bekräftigt wird.

Die Tücken bei der Überprüfung der UN-Charta

Es wäre naiv zu glauben, dass die Nutznießer des derzeitigen Systems, vor allem die P5, bedingungslos Veränderungen zulassen würden. Das liegt daran, dass der Status quo ihnen in die Hände spielt. Das gegenwärtige globale System ist durch die selektive Einhaltung des Völkerrechts und ein offensichtliches Demokratiedefizit gekennzeichnet. Wenn der Status quo bestehen bleibt, wird sich dieses Modell der elitären Global Governance nicht selbst reformieren, sondern lediglich bestehende Formen der Exklusivität durch die Kooptierung einiger weiterer Mitgliedstaaten replizieren und reproduzieren.¹³ Daher ist es unumgänglich, dass die Mitgliedstaaten der UN-Generalversammlung eine ›Koalition der Willigen‹ mit Gleichgesinnten bilden. Sie müs-

¹¹ Shirley Scott, The Failure of the UN to Hold a Charter Review Conference in the 1950s: The Future in the Past?, Australia & New Zealand Law & History E-Journal, 1. Jg., 5/2005, S. 70–79, www5.austlii.edu.au/au/journals/ANZLawHisteJl/2005/5.pdf

¹² James A. Paul/Katarina Wahlberg, Global Taxes for Global Priorities, Global Policy Forum, März 2002, www.globalpolicy.org/global-taxes/46027-global-taxes-for-global-priorities.html

¹³ Tim Murithi, Re-thinking the United Nations System: Prospects for a World Federation of Nations, International Journal on World Peace, 20. Jg., 4/2003, S. 3–28.

sen sich den Versuchen, sie zu spalten, widersetzen, um die gemeinsamen Interessen der Menschheit als Ganzes voranzubringen.

Ein neuer globaler Vertrag

Als António Guterres am 12. Dezember 2016 seinen Amtseid ablegte, räumte er ein, dass die Entscheidungen vieler Menschen auf der ganzen Welt von Angst geprägt seien. »Es ist an der Zeit, die Beziehungen zwischen der Bevölkerung und Führungspersonlichkeiten neu zu gestalten [...]; [...] die Staatschefs sollten zuhören und zeigen, dass ihnen ihr eigenes Volk und die globale Stabilität und Solidarität, von der wir alle abhängen, wichtig sind.«¹⁴ In Ermangelung des politischen Willens und der anhaltenden Furcht unter den UN-Mitgliedstaaten, eine Charta-Überprüfungskonferenz einzuberufen, bestünde eine alternative Strategie darin, einen neuen separaten Vertrag zu entwerfen

Eine Schlüsselinstitution innerhalb eines solchen institutionellen Konzepts wäre ein Weltparlament.

und zu unterzeichnen. Beispielsweise könnte ein Weltverband der Nationen (WFN) geschaffen werden, der von »allen international fortschrittlichen Ländern, die bereit wären, eine Vorreiterrolle zu übernehmen«, gebilligt und angenommen werden könnte.¹⁵ Ein neuer Vertrag könnte eine Reihe von Institutionen vorsehen, unter anderem einen supranationalen Rat der Weltregionen für die Europäische Union (EU) und die Afrikanische Union (AU), ein Weltparlament, einen globalen Gerichtshof, internationale Sicherheitskräfte und einen Ausschuss nichtstaatlicher Akteure. Die Vereinten Nationen wurden ursprünglich auch von einer kleineren Gruppe von 51 Staaten gegründet und wuchsen schließlich auf ihre heutige Zahl von 193 Staaten an.¹⁶ Hinsichtlich des WFN handelt es sich um eine Idee, die seit dem Jahr 1945 von der Bewegung der

Weltföderalisten (WFM) vorgeschlagen wird. Ein neuer globaler Vertrag würde auf der vertikalen Übertragung der Macht von den Nationalstaaten auf eine supranationale Gruppierung von Regionen und nach unten auf subnationale Gemeinschaftsformationen beruhen, mit einer Weltversammlung, die breit angelegte Debatten und Entscheidungen ermöglicht.

Eine Schlüsselinstitution innerhalb eines solchen institutionellen Konzepts wäre ein Weltparlament.¹⁷ Die Idee wäre, dass »sogar zwanzig bis dreißig wirtschaftlich und geografisch unterschiedliche Länder ausreichen würden, um ein solches Parlament zu gründen«. Und weiter: »Der Vertrag, dem diese Länder zugestimmt hätten, würde die rechtliche Struktur für die auf ihrem Territorium durchzuführenden Wahlen festlegen, einschließlich des Wahlsystems und der Wahlbezirke.«¹⁸ Die Staaten, die eine solche Initiative anführen könnten, müssten Erfahrung mit demokratischer Kultur haben – beispielsweise Argentinien, Chile, Deutschland, Finnland, Ghana, Kanada, Kenia, Neuseeland, Nigeria, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Singapur und Südafrika, um nur einige wenige zu nennen. Es wäre nicht erforderlich, dass diese Vorreiterstaaten ihre Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen aufgeben, während sie gleichzeitig den WFN gründen. Sie könnten ihre UN-Mitgliedschaft aktiv nutzen, um für die neue globale demokratische Architektur zu werben und eine ständig wachsende Zahl von Staaten davon zu überzeugen, sich ihnen in der neuen Formation anzuschließen.

Die Satzung des WFN könnte so formuliert werden, dass jedes Land der Formation beitreten kann, solange es bereit ist, seine Verpflichtungen aus dem WFN-Vertrag zu erfüllen. Wenn der WFN-Vertrag an Bedeutung gewinnt, dann »hätten andere, weniger proaktive Staaten einen Anreiz, bei der Gründung einer wichtigen neuen internationalen Organisation mitzuwirken, anstatt abseits zu stehen.«¹⁹ Wenn schließlich eine optimale Anzahl von Staaten Mitglied im WFN ist, könnte die Bedeutung der Vereinten Nationen allmählich schwinden, bis sie den gleichen Niedergang erleiden wie der Völkerbund. Für das weitere Vorgehen sollte eine Gruppe fortschrittlicher Staaten und zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie zum Beispiel UN-Gesellschaften, den Entwurf einer Resolution der

¹⁴ Guterres, Secretary-General-designate António Guterres' Remarks, a.a.O. (Anm. 10).

¹⁵ Andrew Strauss, Taking Democracy Global: Assessing the Benefits and Challenges of a Global Parliamentary Assembly, London 2003, S. 1–11.

¹⁶ Siehe dazu auch den Beitrag von Thomas G. Weiss in diesem Heft.

¹⁷ Vgl. dazu auch den Beitrag von Andreas Bummel, Auf dem Weg zu einem Weltparlament? Der Vorschlag zur Einrichtung einer parlamentarischen Versammlung bei den UN, VEREINTE NATIONEN (VN), 5/2010, S. 216–220.

¹⁸ Strauss, Taking Democracy Global, a.a.O. (Anm. 15), S. 9.

¹⁹ Ebd., S. 10.

Generalversammlung erarbeiten, um die Überprüfungskonferenz der UN-Charta auf die Tagesordnung zu setzen. Parallel dazu sollte auch mit der Zusammenarbeit und Unterstützung im Hinblick auf einen Entwurf eines neuen globalen Vertrags und einer Satzungsstruktur für den WFN begonnen werden. Als ein Staatsmann, der sich für die Gründung der UN einsetzte, erklärte der frühere US-Präsident Franklin D. Roosevelt einmal, »das einzige, was man fürchten muss, ist die Furcht selbst«. ²⁰

Die Pandemie als Chance

Es gibt nichts, was die Prävalenz einer globalen Gesellschaft besser verdeutlichen kann als eine Pandemie wie COVID-19, die alle Menschen betrifft. Diese Pandemie hat auch gezeigt, dass das gegenwärtige globale System an einem Scheideweg angekommen ist und einer Veränderung bedarf. Die Menschheit wird nicht überleben, wenn die endemischen Krisen, mit denen sie weltweit konfrontiert ist, von einem erstarrten UN-System nicht mehr bewältigt werden können. Es geht nicht um die Bemühungen vieler UN-Bediensteter, die sich unter schwierigen Umständen für die Aufrechterhaltung des Mandats der Organisation einsetzen. Es geht darum, dass die »nächste Version der UN« im Hinblick auf die Bewältigung globaler Herausforderungen wie der COVID-19-Pandemie wesentlich leistungsfähiger sein sollte.

Wenn davon gesprochen wird, den Menschen mehr Möglichkeiten zu eröffnen, sich am Weltgeschehen zu beteiligen, dann ist es folgerichtig, dass die Menschen auf globaler Ebene durch eine Art »Weltversammlung der Völker« vertreten sein sollten. Die weltweiten Proteste gegen Rassismus zeigen, dass sich das globale Bewusstsein derzeit verändert. Parallel dazu ist jedoch keine Veränderung bei den Institutionen der Global Governance zu beobachten. Konkret beginnt die Arbeit am Aufbau einer globalen Gesellschaft jetzt – durch Diskussionen in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Gottesdienst und im Handelswesen. Vor allem wird ein gewisses Maß an Beharrlichkeit erforderlich sein, weiterhin für unsere globale Verbundenheit zu plädieren. Über vier Jahrhunderte haben wir uns auf eine Sichtweise beschränkt, die sich am Konzept der Nationalstaaten gemäß der westfälischen Friedensordnung orientierte. Dieses Konzept hat in unseren Köpfen reale Gestalt angenommen. Wenn die Völker der Welt das nächste

Mal ein Thema von globaler Bedeutung zur Sprache bringen, muss sichergestellt werden, dass dafür eine geeignete Institution vorhanden ist. Die Institution muss in der Lage sein, diese Anliegen zu artikulieren und in politische Entscheidungen umzusetzen, die dazu beitragen können, die demokratische Transparenz und Rechenschaftslegung des globalen Entscheidungs- und Umsetzungsprozesses zu verbessern. Eine Konferenz zur Überprüfung der UN-Charta kann einen solchen Prozess in Gang setzen und die Gründung einer parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen kann die globale partizipatorische Demokratie fördern.

Da es innerhalb der UN keine entsprechende Bewegung gibt, spricht vieles dafür, dass eine kleine Gruppe von Vorreiterstaaten einen neuen globalen Vertrag zur Gründung eines WFN ausarbeiten und unterzeichnen sollte, in dem sich eine neue globale demokratische Architektur widerspiegelt. Bei dieser historischen Mission sollte sich die Menschheit von der Weisheit des bedeutenden Panafrikanisten und ersten Präsidenten eines demokratischen Südafrika, Nelson Mandela, leiten lassen, der einmal sagte: »Vieles scheint unmöglich, bevor es umgesetzt wird.«

Aus dem Englischen von Angela Großmann

English Abstract

Prof. Dr. Tim Murithi

COVID-19 – A Plea for a Review of the UN Charter pp. 154–159

The COVID-19 pandemic has magnified the fact that the world's institutions are ill-prepared and inadequately designed to effectively address global challenges such as pandemics, the climate catastrophe, the refugee crisis, violent extremism, and illicit profiteering from natural resources. This article argues, that COVID-19 has exposed the vulnerability of the currently existing global institutions and makes the case for launching a United Nations Charter review process. The UN appeal for a global ceasefire is timely, but the world needs a much more compelling vision for a better future, and institutions that can address the catalogue of crises that the planet faces.

Keywords: Mitgliedschaft, Pandemie, UN-Charta, UN-Jubiläum, Völkerrecht, International Law, membership, pandemic, UN Charter, UN anniversary